



Nr. 483 | 10.06.2026

## Russland-Analysen

### Ressentiments Militarisierung von Jugendlichen

<b>ANALYSE</b>	
Russland und die Welt: Feinde, Konkurrenten, Partner Lewada-Zentrum, Moskau	2
<b>DOKUMENTATION</b>	
Informationsfreiheit im armenischen Wahlkampf unter Druck (Reporter ohne Grenzen)	11
Armenia's voters were offered a genuine choice against a backdrop of direct foreign pressure and uneven campaign opportunities	12
<b>DEKODER</b>	
Wie der Kreml russische Jugendliche zur Teilnahme am Krieg wie am Fließband vorbereitet Andrej Satirko (Vot Tak)	14
<b>CHRONIK</b>	
Hinweis auf die Online-Chronik	19

## Russland und die Welt: Feinde, Konkurrenten, Partner

Lewada-Zentrum, Moskau

DOI: 10.31205/RA.483.01

### Zusammenfassung

Das Lewada-Zentrum führte 2025 repräsentative Umfragen zu Russlands Rolle und Außenpolitik durch, deren Ergebnisse hier in kurzer Form dargelegt werden. Als Hauptfeinde Russlands gelten demnach diejenigen Länder, die die Ukraine gegen den russischen Angriffskrieg unterstützen. Ihre vermeintlich »feindliche Gesinnung« Russland gegenüber sichert weiterhin die massive Unterstützung der Bevölkerung für die russische Führung und ihren politischen Kurs. Die Lenkung der öffentlichen Meinung und Verschärfung der antiwestlichen Propaganda sind notwendige Instrumente für das gegenwärtige Regime. Die Hinwendung zu anderen symbolischen Partnern soll den Eindruck der internationalen Isolation des Landes verwischen. Dabei behält die russische Öffentlichkeit ein widersprüchliches Verhältnis zu den westlichen Ländern bei, bestehend aus Anziehung, Abgleich, Ressentiments und Ablehnung, sowie ein eindeutiges Verhältnis zum Selbstbild als Großmacht.

### Einführung

Die kollektive Identität der Bevölkerung im heutigen Russland besteht aus Überresten der alten sowjetischen Identität und antiwestlicher Ressentiments. Diese basiert vor allem auf der funktionalen Bedeutung des Feindbildes (als negative Identität). Die wenigen Erfolge, die Russland erzielt hat, konnten die unerfüllten Erwartungen und Illusionen an Reformen der 1990er Jahre nicht kompensieren. Der Glaube an externe Kräfte, die den Übergang zur Demokratie behindern, dient deshalb als Erklärung und als Kompensation für Misserfolge und Traumata des gescheiterten Übergangs zur Demokratie, der das gesellschaftliche Wohlergehen behindert.

Solche von der Propaganda aufgezwungene Vorstellungen verwandeln sich in Ressentiments, Frustrationen und Gefühle kollektiver oder nationaler Unzulänglichkeit. Die gesamte Verantwortung wird auf äußere oder innere »Feinde« übertragen, auf angeblich an der aktuellen Lage Schuldige. Auf diese Weise wird die Realität »erklärt«. Für die Kultur eines Landes, das sich in einer »aufholenden« oder »unvollendeten Modernisierung« befindet, erst recht in einer gescheiterten Modernisierung, wird die imaginäre Anerkennung des Wertes des eigenen Landes äußerst wichtig. Dabei wird diese »Anerkennung« gerade von denen erwartet, die als ideale Vorbilder eines »normalen Landes« fungierten, an dem sich die Bevölkerung innerlich orientiert – also stets die entwickelten westlichen Länder. Das Scheitern des Übergangs führt zu dem Bedürfnis, diese Vorbilder zu diskreditieren und herabzuwürdigen, den Westen zu entidealisieren, ihm negative Eigenschaften und Merkmale zuzuschreiben, etwa »Feindseligkeit«, »Respektlosigkeit« gegenüber Russland (»Russophobie«), Aggressivität gegenüber Russland usw.

Die Putin-Propaganda nutzt diese Ressentiments aus, um die Attraktivität und Bedeutung von Demokratie

und Rechtsstaatlichkeit zu untergraben und die phantomhaften Vorzüge des »tausendjährigen Russlands« und seiner »traditionellen Werte« als Gegenargument zu Protesten gegen die Usurpation der Macht, Korruptionsvorwürfe gegen das Putin-Regime, Verstöße gegen das Gesetz und die Verfassung sowie andere Verbrechen gegen die Gesellschaft zu untermauern. So entsteht ein mythisches Paar: die Großmacht Russland und der feindliche Westen, der das stärker und einflussreicher werdende Russland demütigen, schwächen oder zerstören will.

Die absolute Dominanz der offiziellen Informationskanäle in der öffentlichen Meinung, die ein verzerrtes Bild der Ereignisse und ihrer Interpretation vermitteln, bleibt der Hauptfaktor für die massive Unterstützung der Politik des Putin-Regimes.

Es lassen sich mehrere Aspekte nationaler Ressentiments herausarbeiten:

1. Russland ist eine Großmacht, die nun dabei ist, ihren verlorenen Einfluss und ihre Autorität wiederherzustellen. Der Westen steht Russlands zunehmender Macht feindselig bzw. neidisch gegenüber. Russland, das sich gegen die feindseligen Handlungen westlicher Länder verteidigt, gewinnt dadurch Selbstachtung, Stolz und Zusammenhalt, Einheit zwischen Regierung und Volk.
2. Defensive Selbstisolation: Russland ist eine besondere Zivilisation, die sich von den westlichen Ländern unterscheidet. Die westliche Kultur ist für Russland ungeeignet und giftig für das russische Selbstbewusstsein und seine Traditionen. Die Erfahrungen der Reformen der 1990er Jahre haben gezeigt, dass die Werte und Traditionen Russlands und des Westens miteinander nicht vereinbar sind.
3. Postimperiales Syndrom: Russland hat in den Augen der ehemaligen Sowjetrepubliken und Mitgliedstaat

ten des Warschauer Pakts seine Wertattraktivität und Autorität verloren. Auf die wachsende Abkehr von Russland als ehemalige Metropole reagiert die Putin-Führung äußerst empfindlich, indem sie mit Gewalt und wirtschaftlicher Erpressung versucht, die zentrifugalen Prozesse zu blockieren – und wenn dies nicht möglich ist, jene Länder zu diskreditieren, die eine Abkehr von Moskau und einen Kurs hin zu EU und NATO verkündet haben. Sie werden des »Nazismus«, des Verlusts ihrer »Souveränität« und der Gefahr von Staatsstreichen (»farbigen Revolutionen«, vorgeblich organisiert von den USA) beschuldigt.

4. Die Verurteilung der aggressiven Politik Russlands durch die Weltgemeinschaft und die Verhängung internationaler Sanktionen führten zu einer Neuausrichtung der russischen Außenpolitik – weg vom Westen und hin zum »globalen Süden«. Die Hinwendung zu anderen symbolischen Partnern soll eine neue Legitimationsgrundlage für das Putin-Regime schaffen und den Eindruck der internationalen Isolation des Landes verwischen.

### Feinde und Konkurrenten

Die größte Abneigung empfindet die russische Bevölkerung nicht etwa gegenüber den USA, sondern gegenüber den ehemaligen Ostblockstaaten bzw. Sowjetrepubliken Polen, Litauen, Lettland und Estland. Diese Länder wurden nach dem Zusammenbruch des Kommunismus erfolgreiche Mitglieder der westlichen Gemeinschaft und zu NATO- und EU-Mitgliedern. Die USA und in geringerem Maße Großbritannien und Deutschland werden weniger als Feinde, sondern vielmehr als Rivalen betrachtet, also als Länder, mit denen sich das kollektive Bewusstsein in Russland heute zu vergleichen versucht (siehe Grafik 1).

Als »militärische Bedrohung« gelten im kollektiven Bewusstsein nur die einflussreichsten und mächtigsten Staaten – allen voran die USA und – in geringerem Ausmaß – Großbritannien, die Russlands Vorgehen in der Ukraine verurteilten.

### »Freunde«

Die nach der Krim-Annexion 2014 verhängten Sanktionen wurden von der Kreml-Propaganda als Fortsetzung einer langjährigen russlandfeindlichen Politik seitens führender europäischer Staaten interpretiert. Um dem Eindruck entgegenzuwirken, dass Russlands Politik im Ausland als verbrecherisch angesehen wird, konzentriert sich die Propaganda auf Kontakte mit Ländern in Asien, Lateinamerika und Afrika. Dieser Fokus auf neue »Freunde« sollte dem Westen demonstrieren, dass Moskau seine Isolation überwunden hat. Doch diese offizielle Rhetorik hat den Großteil der Bevölkerung

nicht besonders überzeugt. Erst mit der Vollinvasion von 2022 glauben wieder mehr Menschen, dass Russland seine internationale Isolierung überwunden hat und seit 2025 ist das wieder die Mehrheitsmeinung, wenn auch nur knapp.

In der öffentlichen Meinung in Russland gibt es zwei widersprüchliche Tendenzen: Einerseits die Hoffnung (und den Wunsch), dass die Konflikte mit den wohlhabenderen europäischen Ländern nach einem Ende des Krieges von pragmatischen und für beide Seiten vorteilhafte Beziehungen ersetzt werden. Zum anderen gibt es viel Unterstützung für bessere Beziehungen zu China und anderen asiatischen Ländern, um aus der Isolation herauszukommen.

Putins Politik des Aufbaus einer neuen multipolaren Weltordnung ohne US-Hegemonie unterstützen 57 % der Befragten. Am stärksten ist die Befürwortung bei den Moskauerinnen und Moskauern, die den Krieg, die Ideologie des Regimes und den Status Quo mehr als andere soziale Gruppen unterstützen. In Moskau konzentriert sich die Putinsche Bürokratie, hier laufen alle Finanzströme aus den Regionen zusammen, die Einkommen sind eineinhalb bis zweimal so hoch wie in den meisten anderen Regionen. Seit der Niederschlagung der Proteste von 2010 bis 2013 und der Krim-Annexion zeichnet sich Moskau durch einen besonderen imperialen Geist und maximale Unterstützung (67 %) für das autoritäre Putin-Regime aus.

Am geringsten ist die Unterstützung für Putin bei den Jüngsten (46 %) und den Ärmsten (49 %). Vertreter dieser Gruppen geben auch häufiger an, dass sie für die Wiederherstellung von vorteilhaften Beziehungen mit westlichen Ländern sind – insgesamt möchten das 28 % der Befragten.

Seit mehr als drei Jahren zeigen junge Russen die geringste Unterstützung für den Krieg in der Ukraine unter allen Altersgruppen. Diese Haltung erklärt sich aus dem Unwillen, selbst zu kämpfen und aus der Furcht vor einer Mobilmachung. Eine moralische Verurteilung des Krieges kommt auch unter Jugendlichen praktisch nicht vor. Bei der Mehrheit der jungen Menschen herrscht eine Distanz zur Politik sowie Gleichgültigkeit gegenüber den Opfern eines Krieges, der weit weg von ihnen geführt wird. Das verdrängt jegliches Verantwortungsgefühl.

Insgesamt sind es also die ärmsten und sozial niedrigstehenden Menschen am Rande der russischen Gesellschaft, die dem Krieg kritisch gegenüberstehen. In diesen Schichten überwiegt die Meinung, dass die enormen Ausgaben für den Krieg besser für soziale Bedürfnisse wie Gesundheit, höhere Renten und bessere Lebensstandards in den Provinzen eingesetzt werden sollten.

Die Kreml-Propaganda, die das Narrativ einer Bedrohung durch den »kollektiven Westen« bedient,

stellt diesem die »partnerschaftlichen« und »freundschaftlichen« Beziehungen zu den Ländern des Globalen Südens entgegen. Das wiederum mildert das bedrückende Bewusstsein internationaler Isolation und die Vorstellung, ein Schurkenstaat bzw. »Aggressor« zu sein. Länder wie China, Indien und die Türkei helfen Russland, die Sanktionen zu umgehen, oder leisten, im Fall von Nordkorea, militärische Unterstützung. Im Januar 2025 befürworteten 56 % der Russen den Einsatz nordkoreanischer Soldaten gegen die Ukraine (mit der verbreiteten Meinung: »Besser, die Nordkoreaner sterben als unsere.«).

An erster Stelle der von der Propaganda und der von ihr gelenkten russischen Öffentlichkeit als »befreundet« genannten Länder stehen einige der repressivsten Regimes – Nordkorea, China und Iran, obwohl sie für die überwältigende Mehrheit der Russen keine attraktiven Modelle gesellschaftlicher Entwicklung darstellen. Nach ihnen kommen Indien und die Türkei, deren Politik gegenüber Russland als neutral bezeichnet werden kann.

Seit Kriegsbeginn 2014 und nochmal 2022 verzeichnen wir für China, Indien und Iran einen erheblichen Anstieg ihres Status als »Freunde«. In noch stärkerem Maße betrifft das Belarus, das de facto am Krieg gegen die Ukraine teilnimmt. Der Anstieg positiver Einstellungen zu Belarus begann erst mit der Enttäuschung über die Reformen in Russland bzw. mit dem antiwestlichen Umschwung unter Putin – siehe Grafik 2.

Die Zusammenarbeit mit China stufen 89 % der Befragten als »nützlich« für Russland ein. Nur weniger als ein Fünftel der Befragten meint, dass China eine Bedrohung für Russland darstellen könnte. Innerhalb dieser Gruppe geben die meisten (50 %) an, sie fürchteten eine »Kolonisierung Russlands« und Pekings Unberechenbarkeit.

## Die USA

Das Amerika-Bild der russischen Bevölkerung bündelt die wesentlichen Merkmale der Haltung Russlands gegenüber dem Westen und ist grundsätzlich ambivalent.

Einerseits erscheinen die USA als idealisierte Verkörperung von Stärke, Wohlstand, Freiheit, Demokratie und hohem technologischen Niveau – eine Utopie von Überfluss und militärischer Macht. Die funktionale Bedeutung des Amerika-Bildes ist der des Maßstabs, mit dem der Kreml über die gesamte sowjetische Geschichte hinweg seine eigenen Leistungen maß. Andererseits existiert die Vorstellung der USA als des wichtigsten »potenziellen militärischen Gegners«. Sie neutralisiert dabei die Faszination für die USA als Inbegriff der Modernität.

Mit dem NATO-Beitritt der Baltischen Staaten 2004 nahm die antiwestliche Demagogie in der russischen Staatsführung stark zu. Von einem »Aufzwingen

von Demokratie« und provozierten »Farbrevolutionen« wie in der Ukraine und Georgien war die Rede. Gleichzeitig kam es zu einem radikalen Wandel der Position des Kremls gegenüber den USA. Russlands Krieg gegen Georgien von 2008 wurde von der Propaganda als Konfrontation mit den USA dargestellt, die hinter der georgischen Führung stehe und Russland aus seiner traditionellen Einflusszone verdränge.

Der (bisherige) Höhepunkt der negativen Einstellungen zu den USA war 2016, als die Sanktionen gegen Russland verschärft wurden. Dennoch hielt die russische Bevölkerung während der gesamten Phase der Verschlechterung der Beziehungen (2008 – 2024) an der Hoffnung fest, dass die Konfrontation enden und die Beziehungen sich wieder normalisieren. Das implizite Gefühl, dass die USA überlegen sind, erweist sich als viel stärker und widerstandsfähiger, als es die bössartige Propaganda des russischen Fernsehens und kremlfreundlicher Blogger vermuten ließe.

## Der Trump-Effekt

Besonders hervorzuheben ist der »Trump-Effekt«: Auf Donald Trumps Sieg bei der Präsidentschaftswahl 2024 und seine damit verbundenen Versprechen, den Krieg mit der Ukraine unverzüglich zu beenden, folgte ein deutlicher Rückgang der negativen Einstellung gegenüber den USA. Trump wurde zur Personifizierung der Illusionen der russischen Bevölkerung, die den Glauben verloren hat, die Entscheidungen ihrer Regierung beeinflussen zu können.

Im Januar 2025 gingen die negativen Einstellungen gegenüber den USA deutlich zurück: Waren es 2022 noch 89 %, fiel dieser Wert im Februar 2025 auf 63 %. Nach dem Treffen Putins mit Trump in Anchorage im August waren es nur noch 30 %. Umgekehrt verhält es sich mit den positiven Einstellungen gegenüber den USA: Sie stiegen von 12 % im Jahr 2022 auf 31 % Anfang 2025.

Als aber im Herbst 2025 Trump seinen Ton änderte und mangels sichtbarer Ergebnisse seines Drucks auf beide Kriegsparteien die Hoffnungen auf eine schnelle Friedenslösung sanken, kehrte in Russland allmählich die übliche Unzufriedenheit mit Washington zurück. Die negativen Bewertungen der USA stiegen im Oktober wieder auf 45 %, während die positiven Bewertungen von 48 % im August auf 34 % im Oktober zurückgingen.

## Die NATO

Die von Propaganda befeuerte Wahrnehmung, dass die Reformen der 1990er Jahre und der Übergang zur Demokratie gescheitert seien, wird in eine angebliche Verschwörung des Westens gegen Russland umgedeutet. Demnach herrscht im Westen eine ewige Russophobie und die NATO-Staaten verhalten sich geringschätzig

gegenüber Russland. Diese tief sitzenden Ressentiments zeigen sich in zahlreichen Umfragen. Entscheidend ist, dass Länder wie Deutschland, die skandinavischen Staaten und andere in der russischen Öffentlichkeit als »erfolgreich« wahrgenommen werden. Für die Meinungsforschung ergibt sich der Eindruck: »Wir lieben sie von ganzem Herzen ... aber sie mögen uns nicht«. Diese Einstellung wird in eine a priori feindselige Haltung sublimiert und rechtfertigt eine abwehrende Reaktion aus Antipathie und Negativität gegenüber dem vermeintlichen Neidobjekt. Im Ergebnis haben sich bis 2025 das Ausmaß von Feindseligkeit und Angst in der russischen Gesellschaft gegenüber dem Westen sowie das Ausmaß der anderen Ländern zugeschriebenen Angst vor Russland praktisch angeglichen.

Wellen der Feindseligkeit gegenüber der NATO gab es 1999, als NATO-Flugzeuge Serbien bombardierten, 2014 nach der Kritik und den Sanktionen des Westens wegen der Krim-Annexion und insbesondere seit dem russischen Großangriff 2022 gegen die Ukraine. Die bekannten Ängste vor einer Bedrohung durch die NATO gehen während des nationalistischen Aufschwungs und der Selbstbeweihräucherung nach der Krim-Annexion etwas zurück, nehmen aber mit Beginn der zweiten Kriegsphase ab 2022 wieder zu.

Die Propaganda verband diese unbestimmten Ängste mit einer imaginären aggressiven Ost-Expansion der NATO und behauptete, dass die neuen Bündnismitglieder nicht freiwillig beigetreten seien, um sich der Vorherrschaft Russlands zu entziehen, sondern dass dies Ausdruck einer russophoben Politik des Westens sei, um Russland zu schwächen oder zu zerstören und um dessen ehemalige Verbündete abzuspalten. Sie schürt diese Ängste bereits seit 2003, als klar wurde, dass die Baltischen Staaten dem Bündnis beitreten würden. Die schon seit dem ersten Maidan 2004 erkennbare Ausrichtung der Ukraine hin zu einem EU- und NATO-Beitritt verstärkte die »Rechtfertigung« des Krieges gegen die Ukraine durch die Notwendigkeit, Russland vor der Expansion einer feindlichen Allianz zu schützen.

Die vom Putin-Regime aufgezwungene Angst vor denjenigen Ländern, die früher als Vorbilder galten, wurde durch die Demonstration militärischer Macht und der Überlegenheit kompensiert. In dieser militaristischen Selbstverherrlichung fand die nach dem Zusammenbruch des Sozialismus verwirrte und desorientierte russische Gesellschaft Trost und Anlass zur Wahrung ihrer Selbstachtung.

### **Das Verhältnis zu Deutschland, der EU und Ukraine**

Die öffentliche Meinung gegenüber Deutschland war in Russland bis 2014 wohlwollend und positiv. Mit der

Krim-Annexion und den ersten Sanktionen des Westens änderte sich das. Die scharfe negative Reaktion der europäischen Länder auf die russische Großinvasion in die Ukraine 2022 löste eine weitere Verstärkung der feindseligen russischen Propaganda aus. Bereits im Mai 2022 erreichten die negativen Bewertungen Deutschlands in der öffentlichen Meinung Russlands einen Höchststand: 66 %; 2025 waren es 58 %, 25 % der Befragten hatten da eine »gute Meinung« von Deutschland. Am negativsten gegenüber Deutschland eingestellt sind ältere Befragte (70 %), Moskauer (75 %), diejenigen, die Putins Arbeit als Präsident gutheißen (62 %), und diejenigen, die dem Fernsehen als Informationsquelle vertrauen (69 %). Am positivsten gegenüber Deutschland eingestellt sind junge Menschen unter 25 Jahren (48 %), diejenigen, die glauben, dass die Dinge im Land falsch laufen (34 %), diejenigen, die Putins Arbeit als Präsident nicht gutheißen (38 %), sowie diejenigen, die alternative Informationsquellen nutzen (vor allem Telegram). Ähnliches gilt für die EU.

Die negative Einstellung gegenüber der Europäischen Union bleibt weiterhin hoch zwischen rund 60 und 70 %, ist allerdings nicht sehr stabil und schwächt sich mit der Zeit ab, selbst wenn die allgemeine Ausrichtung der Propaganda anhält. Die Umfragen deuten auf einen inneren Widerspruch in der öffentlichen Meinung hin: Das idealisierte Bild von Europa als latenter Wertemaßstab für Russlands Entwicklung, als Vorbild für eine moderne Gesellschaft und Kultur, steht im Widerspruch zur antiwestlichen Politik Putins und seiner Propaganda.

Die Haltung der russischen Öffentlichkeit gegenüber der Ukraine erfordert eine gesonderte Analyse. Wir beschränken uns daher hier auf die Darstellung der allgemeinen Dynamik der öffentlichen Meinung über dieses Land.

Der Anstieg antiukrainischer Stimmungen unter dem Einfluss der Putin-Propaganda wurde erst 2006 – 2007 spürbar, als die russische Führung das Ausmaß der Protestbewegung in der Ukraine (nach den Wahlen 2003 – 2004 und der »Orangen Revolution«) erkannte. Zu einem echten Anstieg der antiukrainischen Propaganda kam es aber erst im Zusammenhang mit dem Krieg Russlands gegen Georgien im Jahr 2008, als die ukrainische Führung den russischen Einmarsch verurteilte. Die Krim-Annexion und die allgemeine Verurteilung der russischen Politik durch Kyjiw festigten nur die Feindseligkeit gegenüber der Ukraine in der öffentlichen Meinung. Dabei ist der Krieg gegen die Ukraine kein zufälliger tragischer Konflikt, sondern die logische Fortsetzung der Kreml-Politik der »negativen Integration« von Gesellschaft und Staat zum eigenen Machterhalt sowie zur Bildung eines autoritären, repressiven und militaristischen Regimes.

## Russland und Europa – Komplexe einer Großmacht

In den letzten 10 bis 15 Jahren antiwestlicher Propaganda hat das symbolische Bild von »Europa« als Utopie »normaler Länder« – also der demokratischsten Länder mit hohem Wohlstand und zahlreichen Errungenschaften in Wissenschaft und Kultur – stark an Bedeutung verloren. Die »Entleerung« des übergeordneten Begriffs »Europa« zeigt sich darin, dass er zunehmend auf eine rein geografische Bezeichnung reduziert wird (35 %). Zweitwichtigster Trend ist die wachsende Entfremdung von Europa (siehe Tabelle 2).

Die Mehrheit der Russen würde auch heute eine Annäherung an den Westen begrüßen. Aber das Bewusstsein, dass »normale Menschen« keinen Einfluss auf die Politik der Landesführung haben, ruft eine heftige ablehnende Reaktion gegenüber den Befürwortern einer Europäisierung und demokratischer Reformen hervor: »Russland sollte nicht danach streben, ein europäisches Land zu werden/zu sein«, »Wir sollten unseren eigenen Weg der Entwicklung und unserer Existenz suchen«. So denken 76 % der Befragten, wobei diese Meinung am stärksten bei den wohlhabendsten Gruppen, denjenigen mit dem höchsten Status, vertreten ist – bei gebildeten Fachkräften (84 %), Unternehmern (81 %), Beamten, mittleren Führungskräften (80 %) sowie der konservativsten Kategorie der russischen Bevölkerung: den Rentnern (86 %). Gleichzeitig wird der Wunsch geäußert, dass »Ausländer sich nicht in unsere Angelegenheiten einmischen sollen« (66 %) und »aufhören sollen, uns ihre Ideen aufzuzwingen« (81 %; 2024).

## Großmacht und »Feinde«

Die Zugehörigkeit zu einer Großmacht, die auf militärischer Stärke und einer großen Bevölkerungszahl basiert, spielt eine sehr wichtige kompensatorische Rolle bei der Akzeptanz der täglichen Strapazen im Zusammenhang mit einem armen und langweiligen Leben in einem repressiven Staat. Die Wiederherstellung des Status als Großmachtstatus ist in der öffentlichen Meinung mit militärischen Kampagnen verbunden (zweiter Tschetschenienkrieg ab 2000, Krieg mit Georgien 2008). Nach 2014 schließlich festigte sich die Überzeugung, in einer Großmacht zu leben. Dieses Ideologem dient als Entlastung für eine Gesellschaft, die ihrer Rechte und ihres Einflusses beraubt ist, von der Verantwortung für deren Innen- und Außenpolitik. Der Glaube an einen solchen Mythos erklärt die anhaltend hohe Unterstützung für den Krieg gegen die Ukraine (bei gleichzeitig noch größerem Wunsch nach Beendigung der Kampfhandlungen).

Die Antinomie der kollektiven Meinung zeigt sich deutlich im Verständnis dessen, dass Russlands Status

als »Großmacht« nur durch eine Senkung des Lebensstandards der Bevölkerung gesichert werden kann. Auf die Frage, was vorzuziehen sei – eine Großmacht zu sein oder materieller Wohlstand –, fallen die Antworten fast zu gleichen Teilen aus.

Das Hauptkriterium für eine »Großmacht« ist für die russische Gesellschaft, die in mehreren Generationen unter den Bedingungen erzwungener Armut und eines totalen Defizits gelebt hat, der Wohlstand. Obwohl er laut diesem Verständnis vorhanden sein sollte, ist er es nicht). Dafür steigt ein anderer Indikator – »Besitz von Atomwaffen, militärische Macht«.

Mit der zunehmenden Betonung militaristischer Elemente in der kollektiven Identität der russischen Bevölkerung geht zugleich eine abnehmende Bedeutung der moralischen Verantwortung für die Verbrechen des sowjetischen bzw. russischen Staates einher.

Die Meinung, dass »Russland nie Aggressor von Konflikten« sei, stieg in 26 Jahren um beinahe das Doppelte an, wobei der allgemeine Ton solcher Urteile immer entschiedener wurde – und das, obwohl Russland in den letzten 34 Jahren nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion nur sechs Jahre lang nicht im Krieg mit anderen Staaten war oder an inneren Kriegen beteiligt war (wie der Unterdrückung tschetschenischer Separatisten).

Solche Veränderungen werden durch die Propaganda befeuert und getragen von Befürwortern der Wiederherstellung des früheren Feindbildes und damit der Vorstellung von der Notwendigkeit nationaler Konsolidierung um die Staatsmacht. Seit 1989 ist der Anteil der Befragten, die überzeugt sind, dass Russland tatsächlich Feinde hat, kontinuierlich gestiegen bei gleichzeitigem Sinken des Anteils prowestlich und demokratisch orientierten Russen.

Auf die direkte Frage »Hat das Russland aktuell Feinde?« antwortet eine noch größere Zahl der Befragten mit Ja – 92 % (Oktober 2025):

In der Propaganda werden zwei sich endlos wiederholende Techniken kombiniert:

1. die Entmenschlichung, Abwertung und öffentliche Anprangerung des Westens; die ukrainische Führung wird als vom Westen abhängig und faschistisch dargestellt;
2. eine ununterbrochene Selbstbeweihräucherung. Ein solcher Zustand des kollektiven Bewusstseins folgt nicht länger rationalen Ursache-Wirkungs-Zusammenhängen, vielmehr nimmt sich die nationale Gemeinschaft als Opfer unbestimmter äußerer Kräfte wahr. Im Kern handelt es sich dabei um ein dauerhaft transformiertes Gefühl von Selbstmitleid und Unterbewertung, das sich in der Überzeugung von der Feindseligkeit bzw. Feindschaft anderer äußert.

Die Prozesse der Überwindung nationaler Minderwertigkeitsgefühle und von Demütigungen, aus denen

sich die russische Gesellschaft ohne eine radikale Transformation des sozio-politischen und wirtschaftlichen Systems nicht befreien kann, erfordern den Rückgriff auf immer archaischere Kompensationsmechanismen. Eine zentrale Rolle bei der Wiederherstellung des kollektiven Selbstwertgefühls spielt die Aktivierung militaristischer und imperialistischer Vorstellungen sowie einer fiktiven heroischen Vergangenheit Russlands, die als Grundlage zur Legitimierung der Macht und Politik des Putin-Regimes dient. Diese ideologische Strategie zeigt deutliche Wirkung, wenn man die wach-

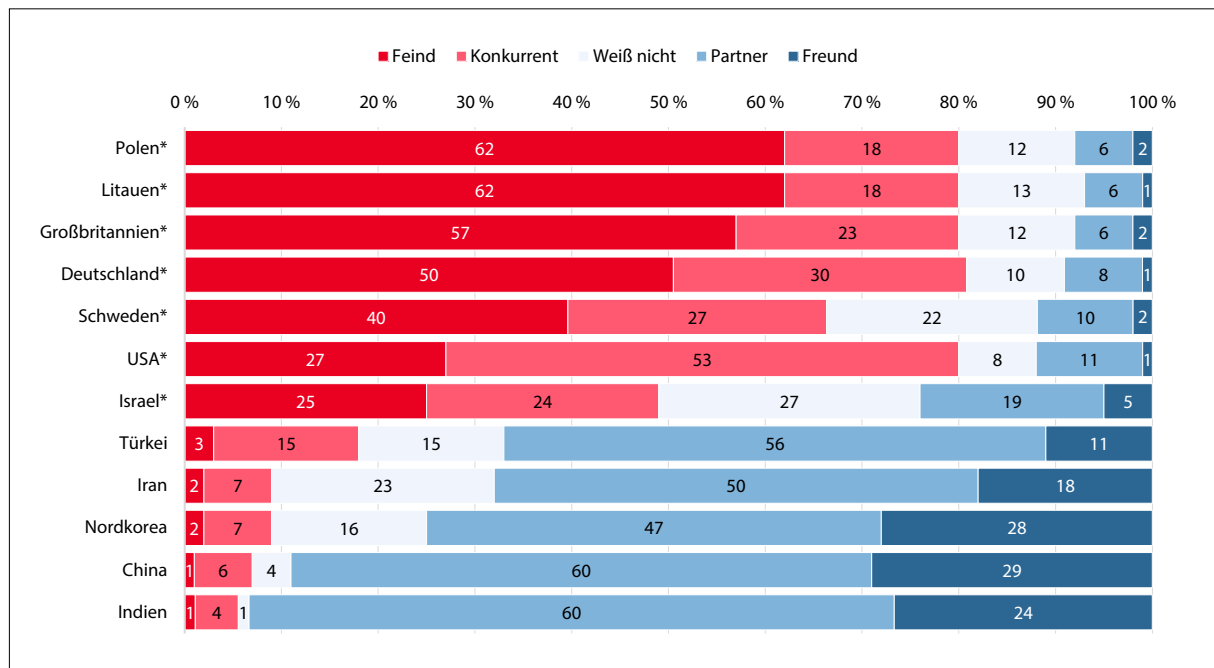
sende Selbstzufriedenheit der russischen Gesellschaft betrachtet (Grafik 3): Je mehr Russland anderen Ländern Angst einflößt, insbesondere den »unfreundlich« gesinnten, desto größer ist die Zufriedenheit der Russinnen und Russen selbst.

Um der gewachsenen Bedeutung des Militärs sowie der demonstrativen Zurschaustellung von Stärke und Einfluss willen ist die russische Gesellschaft bereit, eine gewisse Verschlechterung des Lebensstandards und der Beziehungen zu einer Reihe anderer Länder hinzunehmen (siehe Grafik 4).

*Die Ergebnisse der Analyse beruhen auf repräsentativen Umfragen, die im Verlauf des Jahres 2025 unter 1.612 Personen aus der erwachsenen russischen Bevölkerung aus 137 Ortschaften und 50 Subjekten der Russischen Föderation durchgeführt wurden, wenn nicht anders angegeben.*

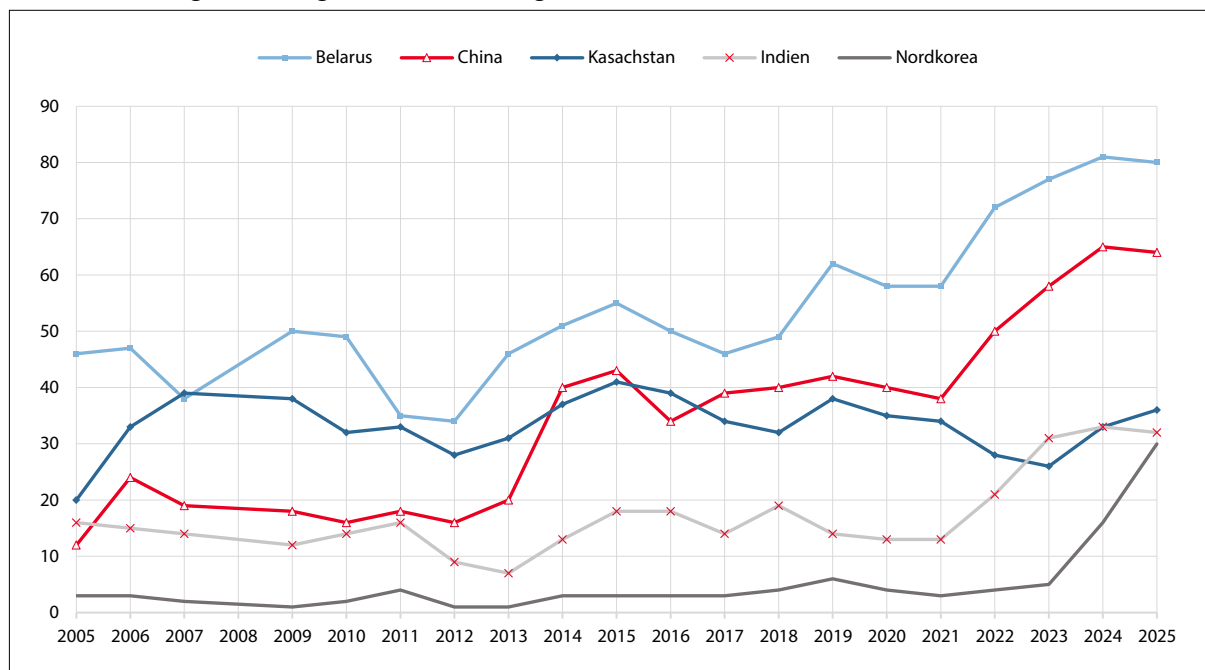
*Diese Veröffentlichung erfolgt mit Genehmigung der Deutschen Sacharow Gesellschaft (DSG), in deren Auftrag das Lewada-Zentrum die Untersuchung durchgeführt hat. Die Autoren und Mitarbeiter der Untersuchung tragen keine Verantwortung für weitere Nachdrucke des Materials. Eine vollständige Fassung der Studie ist unter <https://sacharow.de/lewada-studie-2025> sowie unter [https://sacharow.de/wp-content/uploads/dsg\\_Lewada-Studie\\_2025.pdf](https://sacharow.de/wp-content/uploads/dsg_Lewada-Studie_2025.pdf) verfügbar.*

**Grafik 1: Sichtweisen auf andere Länder, Februar 2025, nach »Feind« sortiert (in %)**



\*Daten vom Oktober 2025

**Grafik 2: Nennen Sie fünf Länder, die für Sie als enge Freunde bzw. Partner Russlands in Frage kommen (Frage ohne Vorgaben, die fünf häufigsten Antworten) (in %)**



	Belarus	China	Kasachstan	Indien	Nordkorea
2005	46	12	20	16	3
2006	47	24	33	15	3
2007	38	19	39	14	2
2009	50	18	38	12	1
2010	49	16	32	14	2
2011	35	18	33	16	4
2012	34	16	28	9	1
2013	46	20	31	7	1
2014	51	40	37	13	3
2015	55	43	41	18	3
2016	50	34	39	18	3
2017	46	39	34	14	3
2018	49	40	32	19	4
2019	62	42	38	14	6
2020	58	40	35	13	4
2021	58	38	34	13	3
2022	72	50	28	21	4
2023	77	58	26	31	5
2024	81	65	33	33	16
2025	80	64	36	32	30

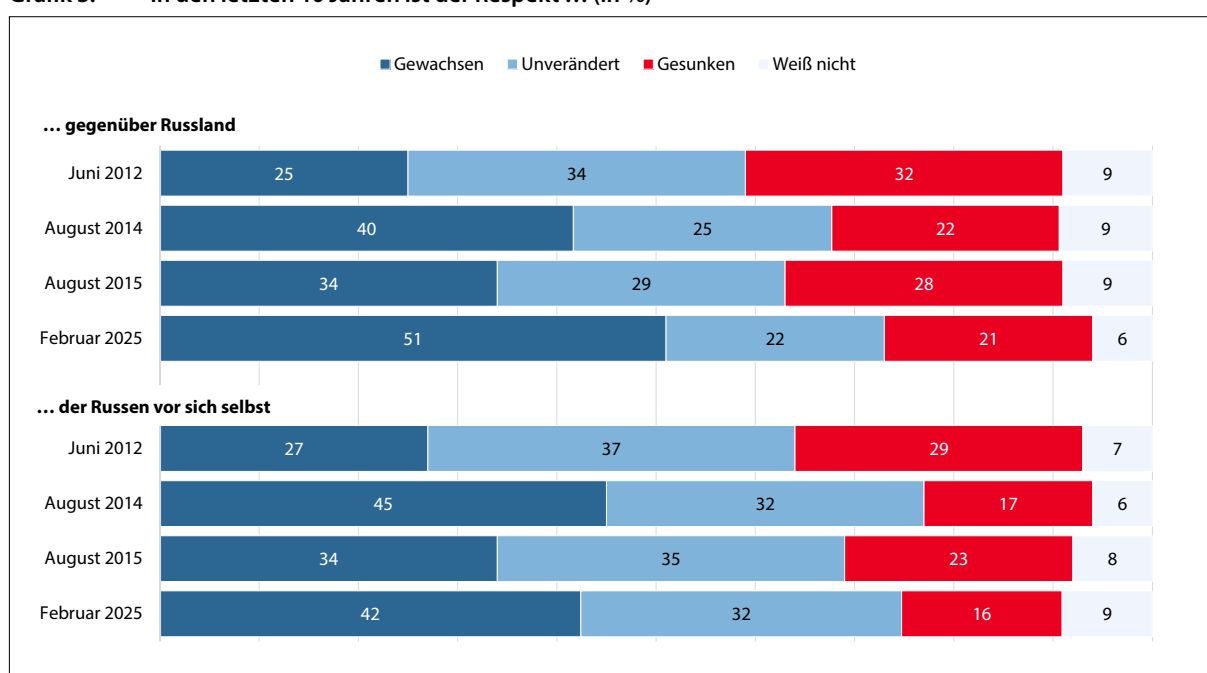
Quelle: <https://www.levada.ru/2025/06/05/predstavleniya-o-druzhestvennyh-i-nedruzhestvennyh-stranah-vzaimootnosheniyah-s-zapadom-otnosheniya-k-nekotorym-stranam-i-napravleniya-zagranichnyh-poezdok/>

**Tabelle 1: Welche Art von Bedrohung für Russland stellen die USA derzeit dar? (in %)**

Schwächung der Rolle Russlands in der Welt	49	
Schaffung von Hindernissen für die Entwicklung Russlands	47	
Kontrolle über die russische Wirtschaft	46	
Aufzwingen fremder Werte	37	
Möglichkeit einer militärischen Invasion	35	
Kontrolle über den politischen Kurs	30	
Zerschlagung Russlands in kleinere Staaten	27	
Keine Angaben	2	

(Februar 2025, 993 Befragte)

**Grafik 3: In den letzten 10 Jahren ist der Respekt ... (in %)**



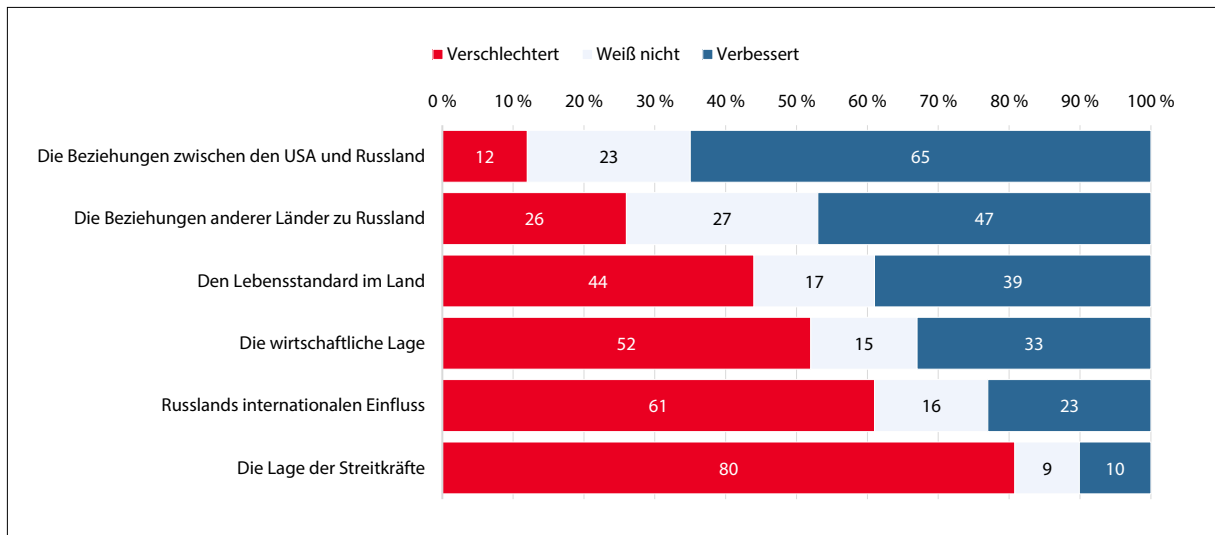
**Tabelle 2: Welche der folgenden Meinungen entsprechen Ihrem eigenen Bild von Europa am meisten? (in %)**

	2015	2020	2025	Vergleich
Europa ist nur eine geografische Bezeichnung für die Länder westlich von Russland	23	18	35	
Europa ist eine andere Zivilisation, eine fremde Welt mit ihren eigenen Gesetzen, anderen Menschen und anderen Beziehungen zwischen ihnen.	40	31	42	
Bei Europa handelt es sich um die reichsten und wohlhabendsten Länder, in denen die Menschen ein gutes und ruhiges Leben führen.	28	16	17	
Europa bezeichnet Länder mit Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, die als Vorbilder für modernen Fortschritt dienen.	11	13	10	
Europa steht für die größten Errungenschaften der westlichen Kultur, in Wissenschaft, Philosophie, Kunst und dergleichen.	9	5	13	
Europa ist eine rationale, kalte Welt, mit formalen, egoistischen Beziehungen zwischen den Menschen.	17	7	31	
Bei Europa handelt es sich um Staaten und politische Kräfte, die unserem Land immer feindlich gesinnt sein werden.	17	5	29	
Weiß nicht	4	5	6	

**Tabelle 3: Welche der folgenden Aussagen kommt Ihrer Sichtweise am nächsten? (in %)**

		Mai 1998	März 2014	Oktober 2015	Dezember 2024	05.1998	03.2014	10.2015	12.2024
■	Russland war immer der Aggressor und Verursacher von Konflikten mit anderen Ländern.	3	1	2	2				
■	Russland war in den meisten Fällen der Aggressor und Verursacher von Konflikten mit anderen Ländern.	16	5	5	5				
■	Russland war in den meisten Fällen Opfer von Konflikten und geschädigte Partei.	29	27	26	20				
■	Russland war nie ein Aggressor oder Initiator von Konflikten mit anderen Ländern.	36	55	55	65				
■	Weiß nicht	1	11	7	7				

**Grafik 4: Was hat die russische Außenpolitik Ihrer Meinung nach in den letzten Jahren verbessert oder verschlechtert? (in %)**



## Informationsfreiheit im armenischen Wahlkampf unter Druck (Reporter ohne Grenzen)

Am 7. Juni finden in Armenien Parlamentswahlen statt – in einem Klima, das von koordinierter Desinformation und bezahlter Reichweite geprägt ist. Beobachter\*innen sehen die Wahl als Richtungsentscheidung zwischen einer fortgesetzten Annäherung an Europa und einer Rückkehr zu engeren Russland-Beziehungen. Auf der aktuellen Rangliste der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen (RSF) ist das Land im Südkaukasus um 14 Plätze auf Rang 50 gerutscht, was einen der stärksten Rückgänge weltweit darstellt. Eine RSF-Recherche zeigt, wie politische Einflussnahme und wirtschaftliche Interessen miteinander verflochten sind – und wie dadurch die Grenzen zwischen Information, Werbung und Propaganda verwischen. Die Organisation warnt vor dieser Strategie, die das Recht der armenischen Gesellschaft auf zuverlässige Information massiv einschränkt.

»Dieser Wahlkampf stellt einen Bruch mit früheren Wahlen in Armenien dar. Wenn der politische Zugang zu Medien von finanziellen Ressourcen abhängt, sind Meinungspluralismus und das Recht der Öffentlichkeit auf unabhängige Berichterstattung unmittelbar bedroht«, sagt RSF-Osteuropareferentin Alena Struzh. »Sowohl Meta als auch die armenischen Behörden müssen die Regulierung bezahlter politischer Inhalte deutlich stärken.«

### Meta-Plattformen als politische Einflussmärkte

Facebook ist eine der wichtigsten Informationsquellen für politische Inhalte in Armenien. Wenige Wochen vor den Wahlen verbreiteten Accounts, die sich eigentlich mit Rezepten, Humor oder Unterhaltung befassen und hunderttausende Follower\*innen mit unpolitischen Inhalten erreichen, binnen eines Tages innerhalb weniger Minuten identische politische Botschaften. Auch journalistische Social-Media-Seiten beteiligten sich – mit Beiträgen, die Premierminister Nikol Paschinjan kritisieren und ihm etwa vorwerfen, seine Politik sei mutlos und habe Armeniens Beziehungen zu Moskau beschädigt. Solche Beiträge und ihr massenhaftes, koordiniertes Auftreten offenbaren das Ausmaß des »Pay-to-Play«-Systems, das den armenischen Wahlkampf prägt: Politische Sichtbarkeit und Reichweite lassen sich wie Werbeflächen kaufen – auch in journalistischen Medien.

Seit Ende Mai wird Facebook von einer Welle koordinierter Beiträge zugunsten der konservativen Partei Strong Armenia überschwemmt, die vom russisch-armenischen Geschäftsmann Samvel Karapetyan gegründet wurde. Binnen einer Viertelstunde posteten 49 Facebook-Seiten ein Interview, in dem der Politiker bestreitet, ein Gesandter des Kremls zu sein – obwohl eine Investigativrecherche des russischen Exilmediums *The Insider* Verbindungen zum russischen Geheimdienst aufzeigt. Wenig später verbreiteten 53 weitere Seiten nahezu gleichzeitig einen regierungskritischen Artikel. Das Muster setzte sich den ganzen Tag fort: Am Nachmittag griffen neun Seiten die Regierung mit identischen Botschaften an, eine Stunde später teilten zehn weitere Accounts synchron einen Beitrag, der Armeniens Beziehungen zu Russland verteidigte. Schließlich verbreiteten am Abend mindestens sechs Seiten binnen einer Minute ein Video zur Unterstützung Karapetyans.

Auch Nachrichtenmedien beteiligen sich an dieser Strategie: RSF beobachtet seit April, wie das Oppositionsmedium *Past.am* und zahlreiche Newsaggregator-Plattformen politische Inhalte im Sinne des konservativen Bündnisses verbreiten. Die Taktik ist kein Alleinstellungsmerkmal der Opposition: Auch die regierende Partei Civil Contract und einzelne Regierungsvertreter\*innen greifen auf ähnliche Methoden zurück.

Dieser koordinierte Verbreitungsmechanismus geht mit massiven Investitionen in politische Online-Werbung einher. Laut Metas Ad Library wurden zwischen Februar und Mai 2026 in Armenien knapp 412.000 Euro für politische Werbung auf Facebook ausgegeben – ein für das Land beispielloses Budget. Allein Strong Armenia investierte knapp 250.000 Euro. Darüber hinaus schalten mit politischen Gruppen verbundene Seiten Anzeigen, ohne den Urheber anzugeben, was gegen Metas Transparenzregeln verstößt. RSF hat die Pressestelle von Strong Armenia um eine Stellungnahme gebeten. Bis zur Veröffentlichung blieb eine Antwort aus.

### KI als Desinformationsmaschine

Gleichzeitig werden die Manipulationsmethoden immer ausgefeilter. Das Faktencheck-Portal *CivilNet* deckte auf, dass mindestens zwölf Facebook-Seiten KI-generierte Videos verbreiteten, in denen vermeintliche Passant\*innen auf der Straße interviewt werden und dabei die Regierungspartei sowie die wichtigsten Oppositionsgruppen kritisieren – mit Ausnahme von Strong Armenia. Faktencheckerin **Ani Grigoryan** stellt fest, dass die Videos so täuschend echt wirken, dass viele Nutzer\*innen in den Kommentaren echte politische Diskussionen führten – ohne zu bemerken, dass die Interviewten gar nicht existierten.

## Russische Einflussnahme in Armenien

Die Lage in Armenien ist Teil einer größeren Krise der Informationsfreiheit im Südkaukasus: Auch in Georgien hat sich die Pressefreiheit rapide verschlechtert; in Aserbaidschan ist unabhängiger Journalismus nahezu inexistent. Der polarisierte Zustand der Gesellschaft wird auch von ausländischen Akteur\*innen zur politischen Einflussnahme genutzt: Zuletzt veröffentlichte das schwedische Medium *Blankspot* ein geleaktes Dokument russischer Behörden, das Strategien zur Wahlmanipulation in Armenien skizziert – darunter prorussische Desinformationskampagnen, die die ohnehin angespannte Medienlandschaft ausnutzen sollen.

*Die Pressemitteilung von Reporter ohne Grenzen vom 04.06.2026 zu Medienmanipulation und Armenien ist im Original unter <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/artikel/pressemitteilungen/4253/informationsfreiheit-im-armenischen-wahlkampf-unter-druck> zu finden.*

## Armenia's voters were offered a genuine choice against a backdrop of direct foreign pressure and uneven campaign opportunities

Date: 8 June 2026 Place: YEREVAN Source: OSCE Office for Democratic Institutions and Human Rights

YEREVAN, 8 June—The 7 June 2026 parliamentary elections offered voters a genuine choice among political alternatives in a well-run process, although direct pressure from abroad, in the form of escalating trade restrictions and security threats were observed during the campaign, aimed at unduly influencing voters in favour of the opposition, international observers said in a preliminary statement released today.

The campaign was highly confrontational, with divisive rhetoric, and was marked by allegations of vote-buying and other electoral violations that led to numerous criminal proceedings against opposition candidates and activists, resulting in many opposition supporters refraining from actively engaging in the campaign. This, along with pressure on public sector employees to attend ruling party events, and recently introduced social and economic measures, raised concerns about the equality of opportunity to campaign, the statement says.

“The concentration of arrests and criminal prosecutions against opposition figures contributed to perceptions of selective justice, while a polarized media landscape, inflammatory rhetoric, misinformation, and persistent foreign pressure and interference challenged Armenia’s democratic resilience and the integrity of public debate,” said Farah Karimi, Special Co-ordinator and leader of the short-term OSCE observer mission. “This underscores the importance of continued efforts to strengthen democratic institutions, safeguard fundamental freedoms, and foster public trust in democratic processes.”

“The Armenian elections took place in a particularly tense geopolitical context, with direct foreign interference,” said Damien Cottier, Head of the delegation of the Parliamentary Assembly of the Council of Europe. “In particular, pressure and threats from Russia authorities reached an unprecedented and worrying level.”

The process was governed by revised election-related laws and regulations that provide a sound basis for democratic elections. Changes in recent years were mostly introduced through an extensive consultative process and worked to improve the legal framework, but some gaps and ambiguities persist, and a number of previous ODIHR and Council of Europe Venice Commission recommendations remain unaddressed.

“The importance of these elections, combined with polarizing rhetoric throughout the campaign, created a tense atmosphere for both voters and election officials,” said Jevrosima Pejović, Head of the OSCE PA delegation. “Election bodies operated under heightened scrutiny, while voters were exposed to sustained political pressure and intense public debate. Tensions arising from domestic and external factors added to the pressure surrounding these elections and influenced public perception of the quality of electoral administration, highlighting the importance of promoting a constructive political climate and strengthening public confidence in electoral bodies.”

The election administration managed technical preparations professionally and efficiently, and enjoyed stakeholders’ trust. Election day proceedings were assessed overwhelmingly positively in the vast majority of polling stations observed.

“We met devoted polling station members, a large majority of whom were women, who performed their duties with dedication and attention. Some voters were lacking basic information about their polling stations and voting procedures, and the Armenian authorities should consider working on better voter information,” said Nathalie Loiseau, Head of the EP delegation. “The elections were generally peaceful and without incidents. The electoral process

was calm and very well organised, procedures seemed meticulously observed, and small inconsistencies before counting were carefully verified.”

Online campaigning was extensive, and its regulation is limited, reducing transparency and oversight. The online campaign was confrontational and divisive. The ODIHR mission noted the use of manipulative, false and AI-generated content disseminated by some candidates, as well as inauthentic and third-party accounts to discredit opponents, the government and the electoral process. Overall, the authorities took steps to address disinformation, but the transparency and effectiveness of these efforts were limited by the lack of publicly available information.

Amendments to campaign finance rules expanded the definition of campaign expenditures, increased donation and expenditure limits, and redistributed oversight responsibilities. Still, a number of gaps remain, limiting the transparency, accountability and integrity of party and campaign finance.

Despite gender quotas for the election administration and parliament, as well as financial incentives for parties maintaining gender-balanced governing bodies, women’s participation in public and political life remained low. Women comprised 37.3 per cent of candidates.

The media environment is pluralistic but polarized, and the ODIHR mission media monitoring found that most outlets were instrumentalized by contestants to amplify mutual insults and divisive campaign rhetoric, offering little substantive analysis of contestants’ platforms. Public television displayed clear bias in favour of the ruling party, contrary to its legal obligations and public mandate. At the same time, several private outlets portrayed the government negatively and provided favourable coverage to selected opposition contestants. All combined, this undermined voters’ opportunity to make an informed choice.

“Armenia’s voters were given—and took—the opportunity to make a genuine choice in a professionally managed election process and a vibrant and pluralistic, if often highly polarized campaign,” said Janez Lenarčič, head of the election observation mission from the OSCE Office for Democratic Institutions and Human Rights. “Unfortunately, they had to make that choice against the backdrop of unprecedented foreign interference and pressure, in the form of punitive trade measures and day-by-day threats of further negative consequences contingent on which choice they made.”

*Quelle: OSCE Office for Democratic Institutions and Human Rights <https://odihr.osce.org/odihr/665473>*

## Wie der Kreml russische Jugendliche zur Teilnahme am Krieg wie am Fließband vorbereitet

Andrej Satirko (Vot Tak)

### Einleitung von dekode

Marschieren, Schießen, Exerzieren und Drohnensteuerung sind heute Pflichtunterricht für russische Schüler:innen. Seit einigen Jahren schon wird das Ideologie- und Drillprogramm von den militärisch-patriotischen Zentren *Avantgarde* umgesetzt, die gleichzeitig Jugendliche für die Armee rekrutieren. Ihre ersten Absolventen sind bereits im Krieg, mindestens einer ist schon in der Ukraine gefallen.

Wie solche Militär-Bootcamps russische Jugendliche anlocken, begeistern und vom Kriegseinsatz überzeugen und wie viel der Kreml in die Militarisierung der Jugend investiert, hat Andrej Satirko für *Vot Tak* recherchiert.

### Von der Schule in den Krieg

»Sie werden es nicht glauben, aber er war derart begeistert, als würde er in den Urlaub fahren. So mitgerissen war er von der Idee ... Das Fernsehen ist doch voll davon, wie viele Jungs da sterben, sein Bruder ja auch. Ich verstehe seinen Eifer nicht, seinen Enthusiasmus. Ich fand das nicht gut, aber ich sagte zu ihm, dass es seine Entscheidung ist und ich ihn bis zum Schluss unterstützen werde«, erinnert sich Tatjana Jarowaja aus der Oblast Rjasan daran, wie sie bereits ihren zweiten Sohn Gleb an die Front verabschiedete. Genau wie sein älterer Bruder war er einige Monate später tot.

Tatjana ist Mutter von vier Söhnen. Der älteste, Kolja, hatte schon als Kind von der Armee geträumt. Er absolvierte die Kadettenschule und meldete sich mit 18 freiwillig zum Dienst. Danach unterschrieb er einen Vertrag und wurde Panzerschütze. Als die großangelegte Invasion in der Ukraine begann, war Kolja 21. Er nahm seit den ersten Tagen an Kampfhandlungen auf dem Gebiet der »Donezker Volksrepublik« teil und kam am 7. April 2022 ums Leben.

### Er war ein echter Star

Gleb war der Drittlteste. Im Gegensatz zu seinem großen Bruder habe er nicht von einer Militärkarriere geträumt, sondern von der Bühne, erzählt Tatjana. Im Frühjahr 2022 beendete er gerade das erste Jahr am Kulturcollege in Rjasan, wo er laut seiner Mutter ein »echter Star« war – er habe regelmäßig Lesewettbewerbe und Lyrikpreise gewonnen.

Im September 2022, ein paar Monate nach dem Tod seines Bruders, besuchte der 17-jährige Gleb ein Trainingslager im militär-patriotischen Zentrum *Avantgarde*. Dort lernte er gemeinsam mit rund hundert weiteren jungen Menschen militärische Kartografie und moderne Waffensysteme kennen, sie trainierten ihre Schießfertigkeiten und simulierten mit Hilfe von Lasertag-Waffen echte Kampfhandlungen. So kann man es einem Bericht des Colleges über das Programm entnehmen.

Obwohl Gleb schon früher gelegentlich an militärisch-patriotischen Veranstaltungen teilgenommen habe, hätten diese Übungen einen besonderen Eindruck auf ihn gemacht, erzählt Tatjana. Ihr zufolge könnte die Erfahrung dort mit dazu beigetragen haben, dass ihr Sohn später an die Front ging.

Die folgenden drei Jahre lebte Gleb sein normales Leben weiter, ging aufs College, trat im Haus der Kultur seiner Heimatstadt auf.

Im Sommer 2025 schloss er seine Ausbildung ab und ging gleich im Oktober als Freiwilliger an die Front. Zwei Monate später, im Dezember 2025, war der junge Mann tot.

### »Ihr kommt sonst nicht in die 11. Klasse«

Die Trainingslager sind eine fünftägige militärische Grundausbildung, die Jugendliche im Alter von 16 bis 17 Jahren absolvieren, also Zehntklässler und College-Schüler im zweiten Jahr. Offiziell besteht ihr Hauptziel darin, Kenntnisse und Fähigkeiten zu vermitteln, die für eine »schnellstmögliche Anpassung bei der Einberufung« in die Armee oder bei der Aufnahme in Bildungseinrichtungen der Ministerien erforderlich sind. Die Jugendlichen lernen den Umgang mit Waffen, Erste Hilfe auf dem Schlachtfeld und wie man sich bei chemischer, biologischer oder radioaktiver Kontamination verhält.

Ursprünglich in der Sowjetunion eingeführt, wurde die militärische Grundausbildung nach deren Zerfall abgeschafft. Nach dem Beginn der vollumfänglichen Invasion der Ukraine trat die Wiederaufnahme dieser Praxis an den Schulen offiziell auf den Plan. Im September 2023 wurden die Militärübungen ins Fach *Zivilschutz* integriert. Ein Jahr später wurde das Schulfach in *Grundlagen von Sicherheit und Landesverteidigung* umbenannt. Außerdem sollten ab jetzt nicht nur die zehnten, sondern auch die achten Klassen an den Übungen teilnehmen.

Menschenrechtlern zufolge ist es zwar theoretisch möglich, die Teilnahme an den Trainingslagern zu ver-

weigern, aber die Schulen versuchen, das zu verhindern, wenn nötig mit Druck.

»Kurz bevor es losging, sagten die Lehrer, ihr dürft das nicht verweigern, sonst fällt ihr in Zivilschutz durch und werdet schlicht nicht in die 11. Klasse versetzt. Die Kinder, die nicht mitfahren wollten, wurden direkt ins Visier genommen und unter Druck gesetzt. Die Eltern wurden zum Gespräch vorgeladen und die Kinder in einem separaten Raum befragt, warum sie nicht mitfahren wollen und welche Ansichten sie haben«, berichtet die Mutter eines Zehntklässlers aus der Region Swerdlowsk gegenüber *Vot Tak*.

### Erst Freizeit dann Schule

Noch vor der Wiedereinführung der obligatorischen Militärübungen an Schulen hatten die russischen Behörden aktiv die nötige Infrastruktur dafür geschaffen. Bereits 2019 hatte der damalige Verteidigungsminister Sergej Schoigu die Idee, ein Netzwerk von militärisch-patriotischen Zentren namens *Avantgarde* zu gründen. Wladimir Putin unterstützte den Vorschlag.

Das erste *Avantgarde* wurde 2020 im Freizeitpark *Patriot* in der Nähe von Moskau eröffnet. Das 28,5 Hektar große Grundstück stellte das Verteidigungsministerium unentgeltlich dafür zur Verfügung, die Stadt und die Oblast Moskau legten je zwei Milliarden Rubel für die Infrastruktur zusammen [insgesamt rund 50 Millionen Euro – dek]. Mit dem Geld wurde ein Gebäudekomplex gebaut, in dem bis zu 600 Personen untergebracht und ausgebildet werden können. Nach und nach wurden die Kapazitäten erweitert, aktuell kann das Zentrum bis zu 1.800 Jugendliche gleichzeitig beherbergen.

Zusätzlich zu den im Lehrplan vorgesehenen Übungen in Schießen, Erster Hilfe, Steuerung von Drohnen und Militärtechnik werden im Moskauer *Avantgarde* Spezialkurse mit den Jugendlichen durchgeführt – je nachdem, zu welcher Kompanie ihre Einheit gehört: »Bodentruppen«, »Luft- und Raumfahrtstreitkräfte«, »Marine«, »Luftlandtruppen« oder »Strategische Raketentruppen«.

Regelmäßig finden sogenannte »Treffen mit Helden« statt. Meist sprechen Teilnehmer am Krieg gegen die Ukraine oder anderswo mit den Jugendlichen; manchmal kommen auch Propagandisten. Seit Anfang März [2026 – dek] müssen alle Kadetten außerdem den Film *Predatelstwo* (dt. Verrat) von Andrej Medwedew sehen, der von der Verfolgung junger Menschen wegen »Terroranschlägen« und »Sabotageakten« handelt.

### Generalstochter

Der Hauptstandort des *Avantgarde*-Netzwerks wird von der 37-jährigen Darja Borissowa geleitet, die aus einer Generalsfamilie stammt.

Praktisch ihre gesamte berufliche Laufbahn ist mit militärnahen staatlichen Strukturen verbunden. Schon

während des Studiums arbeitete Darja bei *Rosoboronexport* (das staatlicher Im- und Exporteur für Rüstungsgüter – Anm. d. Red.), wurde anschließend Assistentin der Leitung des Zentralen Armeesportklubs und erste stellvertretende Stabschefin der *Junarmija* (paramilitärische Jugendorganisation – Anm. d. Red.). Von 2017 bis 2019 war Borissowa Beraterin des Leiters der Kulturabteilung beim Verteidigungsministerium.

Während ihrer Zeit im Ministerium begann Borissowa, an Sergej Schoigus militärisch-patriotischen Projekten mitzuwirken. Im Jahr 2018 wurde im besagten Park Patriot das *Lager der wahren Helden* ins Leben gerufen. Der Verteidigungsminister gilt als Urheber der Idee, Borissowa als Gründerin. 2020 war sie als Geschäftsführerin in Xenja Schoigus Projekt *Gonka gerojew* (dt. Heldenrennen) tätig und wechselte anschließend ins *Zentrum Avantgarde*.

Im September 2024 wurde Borissowa als Kandidatin der Partei *Einiges Russland* in die Moskauer Stadtduma gewählt. Und im Februar 2026 präsentierte sie mit großem Pomp das Handbuch *Grundlagen des Militärdienstes*, das für Lehrende der Fächer *Zivilschutz* und *Sicherheitskunde*, Leitende von militärisch-patriotischen Vereinen, Betreuende der *Junarmija* und den Organisatoren der Trainingslager bestimmt ist.

An der Militarisierung der Schüler verdient sich Borissowa eine goldene Nase, besonders seit Kriegsbeginn 2022. Hatte sie 2021 bei *Avantgarde* noch rund fünf Millionen Rubel [damals etwa 57.000 Euro – dek] verdient, beträgt ihr Jahreseinkommen seit 2022 mehr als das Doppelte.

Wie *Vot Tak* aus geleakten Daten der staatlichen Rentenkasse weiß, verdient sie im Durchschnitt etwa eine Million Rubel monatlich [derzeit rund 12.000 Euro – dek]. Damit liegt Borissowas Gehalt oft sogar noch über dem offiziellen Einkommen von Wladimir Putin, das laut seiner letzten öffentlichen Erklärung [2021] bei etwa 10,2 Millionen Rubel pro Jahr lag [rund 10.000 Euro im Monat].

### Milliarden für Schoigus Idee

»Natürlich würden wir uns wünschen, dass solche Zentren in jeder Stadt entstehen, in der es mindestens eine Schule gibt«, sagte Schoigu im März 2021 anlässlich der feierlichen Eröffnung des ersten Trainingslagers im Moskauer *Avantgarde*.

Nur wenige Monate später informierte der Minister die Gouverneure über den Plan, in allen Städten mit über 100.000 Einwohnern *Avantgarde*-Zentren zu eröffnen. Im Oktober 2021 erteilte Putin dann einen entsprechenden Auftrag.

Die Beamten eilten zur Tat. Gab es im Mai 2021 landesweit nur 27 Zentren, so meldeten die Behörden im Juni 2023 bereits 104 und im September 2025 ganze

147 Standorte. *Vot Tak* konnte anhand von behördlichen Pressemitteilungen, Medienberichten und Angaben der Zentren selbst die Existenz von 119 solcher Zentren in 70 Regionen Russlands bestätigen; in mindestens zwei weiteren Regionen sind Eröffnungen geplant.

Das Gesamtbudget, das für die *Avantgarde*-Zentren aus verschiedenen Bereichen bereitgestellt wurde, wird nicht öffentlich bekannt gegeben. Nach Auswertung von öffentlichen Mitteilungen, regionalen Budgetplänen, Daten zu Staatsaufträgen und Jahresberichten der Zentren selbst konnte *Vot Tak* für 39 von 70 Regionen einen ungefähren Betrag ermitteln, den diese bereits für die Zentren ausgegeben haben oder noch ausgeben wollen. Demnach sind seit 2020 allein in den Bau und den Betrieb mindestens 36,5 Milliarden Rubel [rund 440 Millionen Euro – dek] geflossen. Der größte Brocken (fast 23 Milliarden Rubel) entfällt dabei auf Ausgaben für Infrastruktur und Ausstattung, der Rest sind Betriebskosten.

Das teuerste der Zentren, zu denen wir öffentlich zugängliche Informationen finden konnten, war das *Avantgarde* in der Nähe von Moskau. Wie die Haushaltsdaten der Stadt und der Region belegen, gaben die Behörden seit 2021 für dessen Betrieb bereits über 9,6 Milliarden Rubel [rund 110 Millionen Euro – dek] aus. Zusammen mit dem Bau beliefen sich die Gesamtkosten des Projekts somit auf mindestens 13,6 Milliarden Rubel [rund 160 Millionen Euro – dek].

### »Das Ziel ist, dass die Kinder zur Armee wollen«

Wie *Vot Tak* durch die Auswertung der sozialen Netzwerke von *Avantgarde* herausfand, handelt es sich bei der Geschichte von Gleb Jarowoj aus der Region Rjasan um den ersten Teilnehmer am *Avantgarde*-Programm, dessen Tod an der Front offiziell bestätigt wurde. Er war jedoch nicht der Einzige, der in den Krieg gezogen ist. Der 21-jährige Andrej Tschimil, der 2023 in Tula an dem Lehrgang teilgenommen hatte, kämpft momentan in den Reihen der Gruppe *Sewer* in der Ukraine.

Mindestens fünf weitere *Avantgarde*-Absolventen sind zwar noch nicht an der Front, haben sich aber bereits für eine Laufbahn bei der Armee entschieden. Zwei von ihnen besuchen militärische Bildungseinrichtungen, drei leisten ihren Dienst. Einer von ihnen bestätigte, dass ihm die Erfahrungen aus den Übungslehrgängen bei seinem Dienst in der Marineinfanterie zugutegekommen seien:

»Die Disziplin, die taktischen Grundlagen und der klare Tagesablauf bei *Avantgarde* waren für mich eine sehr gute Vorbereitung auf den echten Dienst. Dank unserer Ausbildung verlief die Eingewöhnung in der Eliteeinheit viel reibungsloser. Ihr tut das Richtige – aus kleinen Jungen macht ihr Männer und vermittelt

ihnen ein Verständnis dafür, was militärische Pflicht bedeutet«, lobte der Absolvent Daniil Smirnow das Zentrum in Tula.

Tatsächlich könnte es bald weitaus mehr solcher Beispiele geben, denn die *Avantgarde*-Zentren animieren Jugendliche ganz gezielt, später einmal Soldat zu werden. Schüler, die an den Trainingslagern teilgenommen haben, berichten von Versuchen, sie für die Armee und die Sicherheitskräfte zu werben; auch die Zentren selbst veröffentlichen Berichte über entsprechende Veranstaltungen in den sozialen Netzwerken.

Die Generalstochter Darja Borissowa, Direktorin des *Avantgarde*-Zentrums in der Oblast Moskau, macht keinen Hehl daraus, dass die Kinder in diesen Zentren von der Armee und den Sicherheitsdiensten angeworben werden. Sie ist sogar stolz darauf, dass dort mehr rekrutiert wird als in anderen militärisch-patriotischen Strukturen.

»Zur *Junarmija* oder einem anderen Verein gehst du zum Spaß in deiner Freizeit. Aber das hier ist Teil des Lehrplans, an dem du nicht vorbeikommst. Und genau das ist der Knackpunkt, wo ein Kind, das zuvor von alldem ganz weit weg ist, anfängt nachzudenken, ob es vielleicht einen militärischen Beruf ergreifen oder zum Sicherheitsblock gehen soll. Generell legen wir den Fokus auf Berufsorientierung. Wir gehen tiefer – wir laden Kollegen vom FSB, vom FSO, von Militärschulen ein, die uns erzählen, welche Ausbildungen man bei ihnen machen kann«, sagt sie im Interview mit dem TV-Sender Swesda.

Die regionalen Zentren stehen dem in der Hauptstadt um nichts nach. *Vot Tak* fand in deren Sozialen Medien Dutzende von Berichten über Besuche, die Militärkommissare und Vertreter diverser Strukturen und behördlicher Bildungseinrichtungen den Trainingslagern abstatteten.

In den vergangenen fünf Jahren haben allein am *Avantgarde*-Zentrum der Oblast Moskau 200.000 Jugendliche das Programm durchlaufen. Bei vielen von ihnen zeigen die Trainingslager und die pädagogischen Gespräche Wirkung, meint Borissowa und verweist auf Befragungen unter den Teilnehmenden. Ihr zufolge steige die Zahl jener, die den Militärdienst antreten wollen, innerhalb dieser fünf Tage ungefähr von 50 auf 90 Prozent.

### Trainingslager in besetzten Gebieten

Noch hat das *Avantgarde*-Netz die besetzten ukrainischen Gebiete nicht erfasst, was die russischen Behörden jedoch nicht daran hindert, sich auch um die Militarisierung ukrainischer Jugendlicher aktiv zu kümmern. Man schickt sie dafür entweder nach Russland oder organisiert eigene militaristische Veranstaltungen vor Ort, erzählte *Vot Tak* Xenija Kornijenko, Juristin bei

der ukrainischen Organisation *Regionales Zentrum für Menschenrechte*. Am besten sind solche Tätigkeiten auf der Krym dokumentiert, insbesondere in Sewastopol, wo sie beinahe sofort nach der Annexion 2014 begonnen wurden.

Der »Regierungschef« der annektierten Krym, Sergej Axjonow, bestätigt jährlich eine Liste mit den Austragungsorten der Trainingslager. Derzeit sind das [u. a.] sechs Garnisonen, darunter die 126. *Sonderbrigade der Küstenverteidigung der Schwarzmeerflotte*: Sie ist seit den ersten Tagen an der vollumfänglichen Invasion der Ukraine beteiligt, weswegen ihre Objekte auf der Krym Ziele von Angriffen der ukrainischen Streitkräfte sind.

In Sewastopol finden Trainingslager für Jugendliche in einzelnen Schulen und Colleges statt, das Kämpfen bringen ihnen allerdings Militärangehörige und Silowiki bei – Teilnehmer an der »Spezialoperation«, Mitarbeiter der *Roswardija* und Offiziere aus der Schwarzmeer-Marinehochschule. Dem von Russland ernannten Bürgermeister Michail Raswoshajew zufolge sind Jungen zur Teilnahme verpflichtet, doch auch Mädchen seien an diesen Trainings interessiert.

Die selbsternannten »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk blieben in Bezug auf solche Trainings auch vor der offiziellen Annexion nicht hinter der Krym zurück. Für Donezker Oberschüler waren militärische Trainingslager spätestens ab 2015 verpflichtender Teil des Lehrplans. In Luhansk arbeiteten die prorussischen Behörden ab Herbst 2014 in diese Richtung. Im Zuge dessen warfen sie der ukrainischen Regierung vor, dass derlei Aktivitäten sofort nach dem Zerfall der Sowjetunion eingestellt worden seien:

»Alle Materialien der [sowjetischen – dek] NWP (Natschalnaja wojennaja podgotowka, dt. Militärische Grundausbildung) wurden vernichtet, wobei es da ganz tolles Unterrichtsmaterial gab. Was 2014 in unserem Land passiert ist, hat gezeigt, dass man ohne militärische Grundausbildung unmöglich Patrioten großziehen kann, die ihre Heimat nicht nur lieben, sondern auch in der Lage sind, sie zu verteidigen. Bereits im Herbst 2014 wurden in unserer Republik die Lehrpläne und NWP-Stunden wiederaufgenommen«, sagte 2019 der »Bildungsminister« der »Luhansker Volksrepublik«, Sergej Zemkalo.

Seit dem umfassenden Einmarsch in der Ukraine wurde diese Arbeit in den selbsternannten Republiken bereits im Rahmen des russischen Schulunterrichts fortgesetzt. In den annektierten Teilen der Oblaste Cherson und Saporischschja kam sie 2024/25 in Schwung.

Behördliche Publikationen lassen darauf schließen, dass die Trainingsprogramme in den besetzten Regionen direkt an den Schulen stattfinden. Durchgeführt werden sie unter anderem von Kriegsteilnehmern und Mitarbeitern der *Roswardija* und der *Woin*-Zentren,

die erst nach Kriegsbeginn 2022 analog zu *Avantgarde* gegründet wurden.

*Woin* (dt. Krieger) ist ebenfalls ein Netz aus militärpatriotischen Zentren. Von seinen 21 Standorten befinden sich vier in besetzten Gebieten. Wladimir Putin ordnete die Gründung von *Woin* einen Tag vor der Mobilmachung im September 2022 an. Seitdem sind fast 15 Milliarden Rubel [rund 170 Millionen Euro – dek] aus dem Staatshaushalt in diese Organisation geflossen, wie *Vot Tak* anhand der Budgetverteilungsgesetze und der Jahresberichte von *Woin* feststellen konnte. Im September 2025 stimmte der Präsident einer Erweiterung des Netzes auf alle Regionen der Russischen Föderation bis 2030 zu.

*Woin* bietet nicht nur ein Programm für Jugendliche, sondern auch für Hunderte Lehrende, darüber hinaus vertiefende militär-patriotische Ferienlager über drei Wochen oder drei Monate. Neben den militärischen Standarddisziplinen stehen auch Sniping, Kommunikation und Grundlagen elektronischer Kriegsführung und nationaler Sicherheit auf dem Plan. In Zukunft wird es auch das Fach »Cybersecurity« geben.

Kommandeur von *Woin* ist Oberst Andranik Gasparjan, Absolvent von Putins Kaderschmiede *Wremja gerojew* (dt. Zeit der Helden), dem für seine Rolle im Krieg gegen die Ukraine der Titel »Held Russlands« verliehen wurde. Gasparjan leitete die 126. Brigade der Küstenverteidigung und wurde dann zum stellvertretenden Kommandeur der 42. motorisierten Schützendivision befördert. Beiden Einheiten werden in der Ukraine Kriegsverbrechen vorgeworfen: Ein Soldat der 126. Brigade steht in Abwesenheit wegen Vergewaltigung einer 15-Jährigen vor dem ukrainischen Gericht, vier Angehörigen der 42. Division wird die Tötung von Kriegsgefangenen vorgeworfen.

Gasparjan ist bei Weitem nicht der einzige Kriegsteilnehmer, der bei *Woin* arbeitet. Derzeit hat mehr als die Hälfte der 400 Trainer des Zentrums in der Ukraine gekämpft, und bis Ende 2027 werden auch alle anderen dort im Einsatz gewesen sein.

Die ukrainischen Regionen stehen bei *Woin* besonders im Fokus. Im besetzten Mariupol wird die »russlandweit größte« Filiale aufgebaut. Vorstandsvorsitzender des Zentrums ist Wiktor Wodolazki, Abgeordneter der Staatsduma, der allein in den Jahren 2022 und 2023 mindestens vierzigmal dort war – das weiß *Vot Tak* aus Datenlecks des Grenzschutzes.

Die ukrainischen Kinder werden bei *Woin* nicht nur in den besetzten Gebieten innerhalb der Ukraine trainiert, sondern auch nach Russland verschleppt. Zwölf Mal seien im Jahr 2025 ukrainische Kinder zu militär-patriotischen Trainingslagern in die Russische Föderation gebracht worden, teilt die Juristin Xenija Kornijenko *Vot Tak* mit. Ihr zufolge wurden sie in Groß-

gruppen in den *Woin*-Zentren und im Verteidigungs- und Sportlager *Avantgarde* in Wolgograd betreut. Im April 2026 hätten erstmals Schüler aus der Oblast Cherson an Trainingsprogrammen im neuen *Zentrum Patriot* in der Region Krasnodar teilgenommen.

Genauere Daten über die Anzahl der Kinder, die auf diese Weise nach Russland kommen, gibt es nicht. Allein das Wolgograder *Avantgarde* habe seit 2024 bereits über 5500 Kinder trainiert, die aus ukrainischen Regionen genauso stammen wie aus den Oblasten Wolgograd und Belgorod, teilte im März 2026 Wiktor Wodolazki mit.

### Vom Kinderlager zum Armeedienst

Die Bemühungen von *Woin* und *Avantgarde* zur Militarisierung und Assimilierung ukrainischer Kinder mögen zwar effektiv sein, räumt Dimitri Spafarow ein, Experte für nationale Interessen bei der ukrainischen Menschenrechtsorganisation *KrymSOS*. Aber eine Chance, diesen Einfluss unter bestimmten Bedingungen wieder zu verringern, bestehe seiner Einschätzung nach dennoch.

»Das Ziel ist es, das Kind von klein auf in eine gewisse Obhut zu stellen und es von militär-patriotischen Lagern, von *Gesprächen über das Wichtige* (neu eingeführtes Unterrichtsfach – Anm. d. Red.) und so weiter Schritt für Schritt im Idealfall an den Dienst in der russischen Armee heranzuführen. Und es gibt ja auch wirklich solche Präzedenzfälle. [...] Wenn ein Kind nicht isoliert lebt, wenn es in diesem besetzten Gebiet Kontakte hat und in seiner Familie nach humanistischen Werten oder proukrainisch erzogen wird, dann sinkt der Einfluss dieser Propaganda drastisch«, merkt Spafarow an.

Möglichkeiten, die Teilnahme an diesen militär-patriotischen Ausflügen zu verweigern, haben die ukrainischen Kinder praktisch keine. Menschenrechtler berichten von dem Druck, der vonseiten der Militärangehörigen auf Kinder, Eltern und Lehrpersonal ausgeübt wird.

»Wir haben Fälle dokumentiert, wo russische Armeebediensleute in die Schulen kamen und die Lehrenden dazu anhielten, einen Teil der Kinder in solche Trainingslager zu schicken. Sie kamen zu den Leuten nach Hause und sagten, wenn Sie Ihr Kind da nicht hinschicken, entziehen wir Ihnen das Sorgerecht oder stecken das Kind in ein Heim. So drängten sie die Eltern dazu, die Anmeldungen zu unterschreiben. Dieser Druck ist ein Indiz dafür, dass hier Kriegsverbrechen verübt werden – die gewaltsame Verschleppung von Kindern«, erklärt Xenija Kornijenko.

Die Militarisierung in den Lagern verletzt ihr zufolge zahlreiche international verbriefte Rechte der ukraini-

schen Kinder. Darunter das Recht auf Identität und Entwicklung, auf Bildung und Erholung, auf freie Meinungsäußerung. Zu den Rechtsverletzungen zählt sie auch die Propaganda für den Dienst in der Armee der Besatzungsmacht und dass die Kinder dazu gezwungen werden, Loyalität mit dieser zu demonstrieren.

»Wichtig ist zu verstehen, dass all diese Rechtsverletzungen zur systematischen Praxis des Staates gehören. Sie stehen alle im Zusammenhang mit dem Alter und der nationalen Zugehörigkeit der Kinder. Oft sind das Kinder, die sich in einem Zustand höchster Verletzlichkeit befinden. Insofern haben wir es hier womöglich mit einem weiteren Verbrechen zu tun – gegen die Menschlichkeit«, fügte Kornijenko hinzu.

In den russischen militär-patriotischen Lagern erfolge auch eine Auslöschung der nationalen, kulturellen und sprachlichen Identität der ukrainischen Kinder. Das könne als Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit betrachtet werden, fasst die Juristin zusammen.

### »Grabt mich ein und macht, was ihr wollt«

»Wir brauchen Trainingslager wie *Avantgarde*, um die Jugendlichen auf den richtigen Weg zu bringen. Weil es ja alle möglichen Organisationen gibt und sie so oder so unter irgendeinen Einfluss geraten. Da sollen sie lieber in diesen Lagern eine patriotische Prägung erfahren, als auf der Straße und keine Ahnung für was ...«, meint heute Tatjana Jarowaja, die zwei ihrer vier Söhne im Krieg verloren hat.

Sie erzählt, dass auch ihr jüngster Sohn Kirill dieses Frühjahr ein Militärtrainingslager für Schüler besuchen will. Eigentlich ist er schon 19, deswegen fährt er nicht als Teilnehmender hin, sondern als Sportrichter – er wird die Leistungen der Teilnehmenden in den verschiedenen Disziplinen beurteilen.

*Vot Tak* fragte Tatjana, wie sie reagieren würde, wenn dieses Training womöglich auch Kirill dazu bewegen würde, an die Front zu gehen. Ihre Antwort passte nicht ganz zu dem, was sie davor gesagt hatte:

»Als ich die Nachricht bekam, dass Gleb umgekommen ist, sagte [mein anderer Sohn] Makar: ›Wie kann das sein, Mama, dass aus unserer großen Familie nur noch wir drei übrig sind?‹ Ich sagte: ›Wenn jetzt noch einer von euch loszieht [an die Front], dann grabt mich vorher ein und dann macht, was ihr wollt.‹ Verzeihen Sie meine Direktheit, aber ich bin nicht bereit, noch ein Kind zu verlieren.«

*Übersetzung (gekürzt) von Jennie Seitz, Ruth Altenhofer*

*Dieser Beitrag des Mediums *Vot Tak* (<https://vot-tak.tv/93147824/voennye-sbory-dla-shkolnikov-rassledovanie>) erschien ursprünglich am 11.05.2026 und wurde von *dekoder* ins Deutsche übersetzt und am 04.06.2026 unter <https://www.>*

[dekoder.org/de/article/russland-schule-kriegseinsatz/](https://dekoder.org/de/article/russland-schule-kriegseinsatz/) veröffentlicht. Wir danken Andrej Satirko, Vot Tak und dekoder für die Erlaubnis zum Nachdruck.

*Über den Autor:*

Andrej Satirko ist ein investigativer Journalist. Er arbeitete für regionale sibirische Publikationen. 2022 verurteilte er Russlands Invasion in die Ukraine und verließ das Land. Russlands Justizministerium stufte Satirko als »ausländischen Agenten« ein und verhaftete ihn in Abwesenheit. Seit 2026 arbeitet er als Journalist in der Investigativredaktion von Vot Tak.

dekóder [RUSSLAND ENTSCHLÜSSELN]

## CHRONIK

### Hinweis auf die Online-Chronik

Der aktuelle Teil sowie die gesamte Chronik seit 2003 zu Russland befinden sich auf der Seite der Russland-Analysen (<http://www.laender-analysen.de/russland/>) unter dem Reiter »Chronik« oder direkt unter diesem Link <https://laender-analysen.de/russland-analysen/chronik?c=russland&i=1>.

Sie wird regelmäßig um neue Einträge ergänzt und möglichst aktuell gehalten. Zusätzlich gibt es eine Kurzchronik für die Sowjetunion ab 1964 bzw. Russland ab 1992. Treuen Leser:innen der Chronik und allen Interessierten empfehlen wir sowohl von den Filterfunktionen unserer Webseite als auch dem reichen Angebot der Chroniken der Länder Ukraine, Belarus und oder Polen Gebrauch zu machen, um z. B. Ereignisse wie den Krieg gegen die Ukraine besser verfolgen zu können. Aktuell ist die Suche innerhalb der Chronik leider nur mit buchstabengenauen Stichworten möglich. Daher bitten wir alle Nutzer:innen auf die Schreibweise zu achten und ggf. mehrere Stichworte bei der Suche zu prüfen. Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

*Die Redaktion der Russland-Analysen*

**Herausgeber:**

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen  
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.  
Deutsches Polen-Institut  
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien  
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung  
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

**Redaktion:**

Anastasia Stoll (verantwortlich)  
Alena Schwarz (Chronik)  
Satz: Matthias Neumann

**Wissenschaftlicher Beirat:**

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin  
PD Dr. habil. Linde Götz, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien  
Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.  
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung ([www.bpb.de](http://www.bpb.de)) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2026 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607  
e-mail: [laender-analysen@uni-bremen.de](mailto:laender-analysen@uni-bremen.de) • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen



Polen-Analysen



Russland-Analysen



Ukraine-Analysen



Zentralasien-Analysen



## Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

### In deutscher Sprache zu Belarus, Polen, Russland, Ukraine und Zentralasien

Kostenloses Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>



### In englischer Sprache zu Belarus, dem Kaukasus, Moldova, Russland, Ukraine und Zentralasien

Kostenloses Abonnement unter:

<https://css.ethz.ch/en/publications/eastern-europe-analytical-digest-series.html>

